

## **Antrag**

**der Fraktion der CDU**

### **Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte sind Angriffe gegen uns alle – Landesregierung muss handeln**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen,

die Bundesratsinitiative des Landes Hessen zur Schaffung eines neuen Straftatbestands – Tätlicher Angriff auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte – zu unterstützen.

28. 04. 2015

Wolf, Blenke  
und Fraktion

#### **Begründung**

Die Arbeit der Polizeibeamtinnen und -beamten wird immer belastender. Die Vielzahl der Einsätze und die steigende Zahl gewalttätiger Übergriffe erhöhen den Druck, dem sich die Beamten tagtäglich ausgesetzt sehen, oftmals sogar noch außerhalb ihrer Dienstzeiten. Gleiches gilt für Einsatzkräfte von Rettungsdiensten, Feuerwehren etc.

Schon im Dezember 2012 hat sich die Innenministerkonferenz dafür ausgesprochen, den Schutz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu verbessern. Bisherige Korrekturen und Ergänzungen haben kaum Wirkung gezeigt. Aus diesem Grund ist immer wieder, zuletzt auch aus Reihen der Polizeigewerkschaften, die Forderung nach einer eigenen Strafvorschrift für den Angriff auf Polizeibeamte erhoben worden. Vor diesem Hintergrund ist die hessische Landesregierung aktiv geworden und hat beschlossen, eine Bundesratsinitiative einzubringen. Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf soll die Einführung eines neuen Straftatbestands – § 112 Strafgesetzbuch (StGB) (Tätlicher Angriff auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte) – beschlossen werden. Durch diesen werden der Strafraumen für Angriffe auf Polizeibeamte erhöht und darüber hinaus Angriffe auf andere Einsatzkräfte, beispielsweise der Feuerwehr oder des Rettungsdiensts, ebenfalls unter Strafe gestellt. Zudem knüpft der Entwurf des neuen § 112 StGB anders als in § 113 StGB nicht an eine Vollstreckungshandlung an, sondern setzt stattdessen lediglich einen tätlichen Angriff auf eine Polizeibeamtin oder einen Polizeibeamten in Beziehung auf den Dienst voraus.

Hierdurch soll nochmals betont werden, dass Angriffe auf Menschen, die Recht und Gesetz vertreten oder schlicht helfen wollen, einen besonderen Unrechtsgehalt haben.

Aus diesem Grund ist die Initiative von Hessen zu unterstützen.